

WEED



World Economy · Ecology · Development
Weltwirtschaft · Ökologie · Entwicklung

Der Critical Raw Materials Act auf dem Prüfstand: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit



INHALT

1. Einleitung	2
2. <i>Twin Transition</i> – auf wessen Kosten?	3
3. Rohstoffpartnerschaften und Strategische Projekte im CRMA	6
3.1 Rohstoffpartnerschaften	6
3.2 Strategische Projekte	9
4. Fazit: Rohstoffstrategie mit einseitigem Fokus	12
5. Forderungen	13
Was kann ich tun? Was macht WEED?	14
Anmerkungen	15
Zusammenfassung & Impressum	16

1. Einleitung

Die Transformation hin zu einer klimaneutralen und digitalen Gesellschaft – die sogenannte *Twin Transition* – ist eines der zentralen Zukunftsprojekte der Europäischen Union (EU). Ziel ist es, Klimaschutz und Digitalisierung gemeinsam voranzutreiben: durch den Ausbau erneuerbarer Energien, Elektromobilität sowie durch die Förderung digitaler Technologien. Doch der Weg zu einer klimaneutralen Gesellschaft ist nicht zwangsläufig ein gerechter oder nachhaltiger. Denn die ***Twin Transition* hat eine materielle Basis**: Für Solarpanels, Windräder, Batterien und Rechenzentren werden große Mengen an mineralischen und metallischen Rohstoffen benötigt – viele davon gelten als „kritisch“. Der europäische Bedarf an diesen Rohstoffen ist hoch, ihre Gewinnung und Verarbeitung erfolgen jedoch überwiegend außerhalb Europas. Damit steigt der Druck auf jene Regionen der Welt, in denen diese Rohstoffe gefördert werden – häufig Länder des Globalen Südens. Dort ist der **Rohstoffabbau oftmals**

Kritische Rohstoffe sind solche, die für die Wirtschaft der EU von erheblicher Bedeutung sind, aber gleichzeitig ein hohes Risiko für Lieferengpässe aufweisen.

mit gravierenden sozialen und ökologischen Folgen verbunden, darunter Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen, prekäre Arbeitsbedingungen und lokale Konflikte um Wasser und Land. Gleichzeitig profitieren diese Länder bislang nur begrenzt vom Rohstoffab-

bau, da die gewinnträchtigeren Stufen der Wertschöpfung zumeist in anderen Weltregionen angesiedelt sind. Somit wirft die europäische Rohstoffpolitik unmittelbar Fragen nach globaler Gerechtigkeit, nachhaltiger Entwicklung und strukturellen Abhängigkeiten auf.

Mit der europäischen Verordnung zu kritischen Rohstoffen, dem **Critical Raw Materials Act (CRMA)** will die EU eine „**sichere und nachhaltige Versorgung**“ mit kritischen Rohstoffen gewährleisten ([EU Kommission 2023, S.1](#)). Bestehende Importkonzentrationen strategisch wichtiger Rohstoffe, die unter anderem für die grüne und digitale Transformation benötigt werden, sollen abgebaut werden ([EU 2024, Art. 5 \(1b\)](#)). Zu diesem Zweck setzt die Verordnung auf zwei Instrumente: sogenannte **Strategische Projekte** und **Rohstoffpartnerschaften** mit rohstoffreichen Drittstaaten. Offiziell betont die EU dabei den Anspruch, diese Instrumente nachhaltig und für beide Seiten vorteilhaft zu gestalten ([EU 2024, Art. 2 \(63\)](#)). **Doch inwiefern hält die EU ihr Nachhaltigkeitsversprechen?**

Diese Broschüre bietet eine kritische Einordnung der zentralen Maßnahmen des CRMA und legt den Fokus bewusst auf die Auswirkungen für Länder des Globalen Südens, da sich dort die sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Konsequenzen der europäischen Rohstoffpolitik besonders stark manifestieren. Dabei geht sie der Frage nach, ob die EU mit dem CRMA tatsächlich den Weg zu einer ökologisch tragfähigen und global gerechten Rohstoffpolitik einschlägt oder bestehende Ungleichheiten weiter verfestigt.

2. Twin Transition – auf wessen Kosten?

Ein übermäßiger Verbrauch mit globalen Folgen

Die EU hat einen der größten Rohstoffverbräuche weltweit. Obwohl nur rund sechs Prozent der Weltbevölkerung in der EU leben, beansprucht sie schätzungsweise **25 bis 30 Prozent aller weltweit geförderten Metalle**. Dieser enorme Rohstoffbedarf steht in starkem Kontrast zu den begrenzten eigenen Vorkommen in Europa selbst. Den überwiegenden Teil ihres Bedarfs an Metallen importiert die EU daher nahezu vollständ-

ig aus Ländern des Globalen Südens und China (s. Abb. 1). Im Bereich der kritischen Rohstoffe zeigen sich besonders starke Konzentrationen: So stammen etwa 79 Prozent des in der EU verwendeten Lithiums aus Chile, 63 Prozent des Bauxits aus Guinea und 92 Prozent des Niobs aus Brasilien (s. Abb. 1). Seltene Erden bezieht die EU fast zu 100 Prozent aus China.

Rohstoffabbau mit gravierenden Folgen

Die lokale Bevölkerung in den Abbauländern profitiert in der Regel kaum vom Rohstoffreichtum. Vielmehr ist der Abbau von Rohstoffen häufig mit schweren **Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung** verknüpft. Dazu gehören Kinderarbeit, ausbeuterische Arbeitsbedingungen, Zwangsvertreibungen von Gemeinden, die Missachtung indigener Rechte, sowie vergiftete Gewässer, Böden und die Zerstörung von Lebensräumen- und Grundlagen (s. Abb. 2).

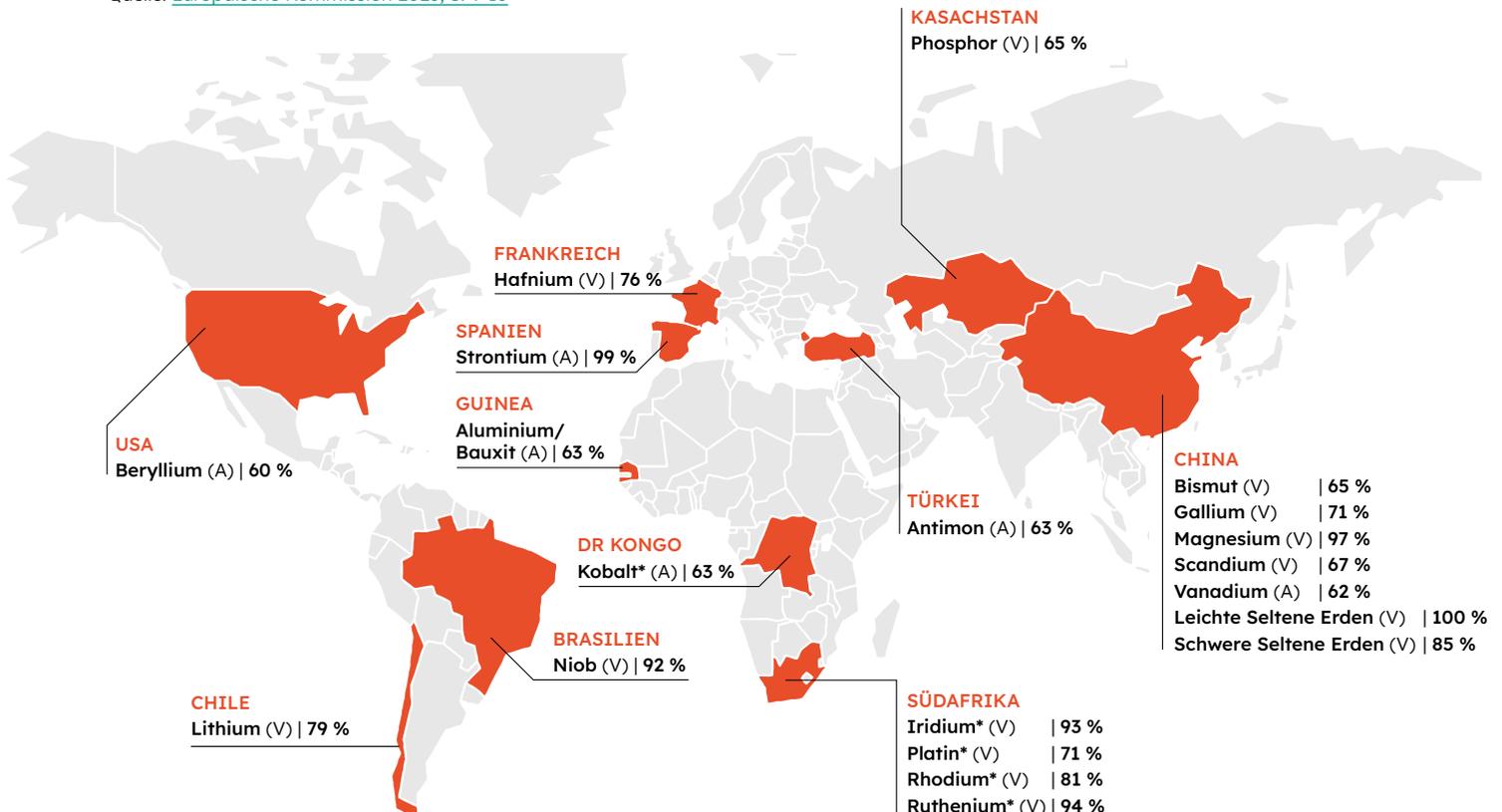
Abb. 1: Wichtigste Lieferländer für kritische Rohstoffe in der EU

Die Abbildung erfasst die kritischen Rohstoffe, für die eine Abhängigkeit von über 60% von einem Land besteht.

(A) = Abbaustufe; (V) = Verarbeitungsstufe

* = Anteil an Produktion weltweit

Quelle: [Europäische Kommission 2023, S. 9-10](#)





Kupferabbau im Tagebau in Chile

Der *Transition Minerals Tracker* dokumentierte zwischen 2010 und 2023 über 630 Fälle von Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Abbau sogenannter *Transition Minerals* – also jener Rohstoffe, die für die Transformation besonders relevant sind ([Avan et al. 2024, S. 13](#)).

Menschen, die gegen Bergbauprojekte Widerstand leisten, sind teils erheblichen staatlichen Repressionen ausgesetzt. Ein Bericht von der Nichtregierungsorganisation (NRO) Global Witness zeigt, dass **Bergbau weltweit der tödlichste Sektor für Land- und Menschenrechtsverteidiger*innen** ist. 2023 wurden weltweit 25 Menschen getötet, die sich gegen Bergbauprojekte wehrten ([Global Witness 2024, S. 19](#)).

Ein oft unterschätzter Klimatreiber

Nicht zuletzt ist der Abbau und die Weiterverarbeitung von Rohstoffen ein unterschätzter Klimatreiber. Allein im Jahr 2023 verursachten die Eisen- und Stahlerzeugung sowie die Gewinnung von Nichteisenmetallen rund **17 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen in Deutschland** ([Umweltbundesamt 2025, S. 23](#)). Weltweit ist der Bergbau samt Weiterverarbeitung von Erzen für mehr als zehn

Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich ([Hasanbeigi 2022, o.p.](#)).

Die Twin Transition treibt die Rohstoffausbeutung weiter nach oben

Angesichts dieser weitreichenden Auswirkungen auf Mensch, Klima und Umwelt ist es umso dringlicher, den übermäßigen Rohstoffverbrauch der EU wirksam zu begrenzen. Die aktuelle Entwicklung zeigt jedoch in eine gegenteilige Richtung: Der europäische Bedarf an kritischen Rohstoffen wird in den kommenden Jahren weiter stark steigen – angetrieben vor allem durch die „grüne“ und digitale Transformation.

Laut Prognosen der Europäischen Kommission wird sich etwa der Bedarf an Seltenen Erden, die unter anderem für Windturbinen und Elektromotoren benötigt werden, bis 2030 verfünffachen ([Europäische Kommission 2024, o.p.](#)). Noch drastischer fällt die Entwicklung bei Lithium aus: Der europäische Bedarf soll sich bis 2030 sogar verzehnfachen (ebd.). Ein wesentlicher Haupttreiber dieser steigenden Nachfrage ist die E-Mobilitätsindustrie. So braucht es für den Bau leistungsfähiger Batterien ein Vielfaches an Transition Minerals wie Lithium und Kobalt. Schon heute fließen



Die sogenannte Antriebswende wird im politischen Diskurs der EU und Deutschlands als entscheidender Schritt der grünen Transformation dargestellt. Zwar stoßen E-Autos im Betrieb keine Emissionen aus, ihre Herstellung erfordert jedoch enorme Mengen an metallischen Rohstoffen, die häufig mit den zuvor genannten Missständen verbunden sind. E-Mobilität allein stellt daher keine nachhaltige Lösung dar. Notwendig ist eine umfassende Mobilitäts- und Rohstoffwende. Dazu gehört, den gesamten Rohstoffverbrauch zu senken, kleinere und leichtere Fahrzeuge zu entwickeln sowie die Verkehrswende durch den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und einer sicheren Radinfrastruktur konsequent voranzutreiben (WEED 2023, S. 11).

rund 30 Prozent des weltweit geförderten Lithiums und 24 Prozent des Kobalts in die Produktion von Batterien (WEED 2023, S. 5, 9). Auch enthalten Elektroautos fast doppelt so viele Halbleiter wie Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor – deren Produktion wiederum kritische Rohstoffe wie Silizium und Seltene Erden erfordert (WEED 2024, S. 11-13). Diese Beispiele verdeutlichen, wie **rohstoffintensiv der Umstieg auf Elektrofahrzeuge** bereits jetzt ist. Und der Bedarf an Primärrohstoffen wird weiter steigen, sollte die von der EU angestrebte Antriebswende, also der weitgehende Ersatz von Verbrennungsmotoren durch Elektroautos, umgesetzt werden.

Die zentrale Frage: Trägt der CRMA zu einer global gerechten Rohstoffpolitik bei?

Der Abbau und die Weiterverarbeitung kritischer Rohstoffe haben tiefgreifende Auswirkungen auf Mensch, Umwelt und Klima – insbesondere in Ländern des Globalen Südens, in denen ein Großteil dieser Rohstoffe gewonnen wird. Gleichzeitig wächst sowohl in der EU als auch weltweit der Bedarf an genau diesen Rohstoffen, um die *Twin Transition* voranzutreiben.

Angesichts der beschriebenen Problemlagen braucht es klare Leitplanken für eine globale gerechte und ökologisch tragfähige Rohstoffpolitik. Dazu gehören insbesondere:

1. Den übermäßigen Verbrauch an Primärrohstoffen der EU auf ein global gerechtes und ökologisch innerhalb planetarer Grenzen verträgliches Niveau zu reduzieren.
2. Menschenrechtliche und ökologische Standards entlang der gesamten Rohstofflieferkette verbindlich zu verankern.
3. Rohstoffpartnerschaften an den tatsächlichen Bedarfen der Partnerländer ausrichten, die lokale Wertschöpfung stärken und Wissens- sowie Technologietransfer zu ermöglichen.

Inwieweit der CRMA diesen Anforderungen gerecht wird, lässt sich nur durch eine genaue Analyse seiner konkreten Maßnahmen beurteilen. In den folgenden Kapiteln werden daher die zentralen Instrumente des CRMA kritisch beleuchtet.

3. Rohstoffpartnerschaften und Strategische Projekte im CRMA

Die EU hat global gesehen einen enorm großen Rohstoffverbrauch, den sie bislang vor allem durch Importe aus wenigen Ländern deckt – allen voran aus China (s. Abb. 1). Um diese Abhängigkeiten zu reduzieren, strebt sie sowohl eine Diversifizierung ihrer Rohstofflieferketten als auch den Ausbau von Produktions-, Verarbeitungs- und Recyclingkapazitäten innerhalb Europas an. Dabei befindet sie sich in einem globalen Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsmächten wie den USA und China, die ihrerseits bemüht sind, den Zugang zu kritischen Rohstoffen zu sichern. Vor diesem Hintergrund trat der CRMA am 23. Mai 2024 in Kraft. Die Verordnung legt 34 kritische Rohstoffe fest ([EU 2024, Anhang II](#)). Etwa die Hälfte der kritischen Rohstoffe wird darüber hinaus als strategisch eingestuft, da sie als besonders relevant für die grüne und digitale Transformation sowie für Verteidigungs- und Raumfahrtanwendungen betrachtet werden ([ebd., Anhang I](#)). Zu diesen Rohstoffen gehören etwa Lithium, Kobalt, Nickel und Seltene Erden.

Bis 2030 verfolgt die EU mit dem CRMA konkrete Zielmarken:

- 10 Prozent des EU-Bedarfs strategischer Rohstoffe sollen durch heimischen Bergbau gedeckt werden;
- 40 Prozent der Weiterverarbeitung strategischer Rohstoffe soll innerhalb der EU erfolgen;
- 25 Prozent des Bedarfs strategischer Rohstoffe sollen aus Recycling in der EU stammen;
- Für keinen einzelnen Rohstoff soll die EU bis 2030 mehr als 65 Prozent der Versorgung aus einem einzigen Drittstaat beziehen ([ebd., Art. 5 \(1\)](#)).

Für die Umsetzung dieser Ziele setzt die EU auf zwei Hauptstrategien: das Abschließen von Rohstoffpartnerschaften und die gezielte Förderung Strategischer Projekte. Im Folgenden werden die Ausgestaltung und Umsetzung von Rohstoffpartnerschaften sowie Strategischen Projekten analysiert, um zu bewerten, inwieweit der europäische Ansatz tatsächlich zu einer ökologisch tragfähigen und global gerechten Rohstoffpolitik beitragen kann.

3.1 Rohstoffpartnerschaften

Strategische Rohstoffpartnerschaften sind unverbindliche Vereinbarungen (*Memoranda of Understanding, MoU*) zwischen der EU und einem Drittstaat über die Gewinnung und Verarbeitung kritischer Rohstoffe. Ziel dieser Partnerschaften ist es, durch Diversifizierung der Bezugsquellen die Versorgungssicherheit der EU zu stärken und bestehende Importabhängigkeiten – besonders von China – zu verringern.

Seit 2021 hat die EU-Kommission bereits 14 solcher Partnerschaften unterzeichnet (s. Abb. 2). Zu den Partnerstaaten zählen einige Länder des Globalen Südens, darunter Chile, Sambia, Ruanda und die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo). Abbildung 1 gibt einen Überblick über sämtliche Partnerschaften der EU mit Ländern des Globalen Südens und skizziert zugleich die Problematiken, die in den jeweiligen Ländern im Zusammenhang mit dem Abbau von Rohstoffen bestehen.

Die meisten bisher geschlossenen Rohstoffpartnerschaften der EU basieren auf allgemein gehaltenen Absichtserklärungen, den MoUs. In diesen wird zunächst lediglich das gegenseitige Interesse an einer vertieften Zusammenarbeit im Rohstoffsektor festgehalten. Innerhalb von etwa sechs Monaten soll auf ein MoU eine „Roadmap“ folgen: ein Aktionsplan, der die Einzelheiten der Vereinbarungen sowie die umzusetzenden konkreten Projekte beschreibt.

In der offiziellen Definition der Rohstoffpartnerschaften betont die EU explizit, dass diese für beide Seiten vorteilhaft sein sollen: So sollen in den Abkommen „Maßnahmen von beiderseitigem Interesse festgelegt werden, die sowohl für die Union als auch für das jeweilige Drittland [...] vorteilhafte Ergebnisse ermöglichen“ ([EU 2024, Art. 2 \(63\)](#)).

Das Bekenntnis zu einem gegenseitigen Nutzen ist grundsätzlich zu begrüßen. Fraglich bleibt jedoch, wie dieser in der Praxis tatsächlich gewährleistet werden soll – denn in seiner inhaltlichen Ausgestaltung bleibt der CRMA enttäuschend vage.

Vage Absichtserklärungen, statt rechtsverbindliche Standards

So finden sich Hinweise auf den potenziellen Mehrwert, der für die Partnerländer erreicht werden soll, lediglich im Mandat des sogenannten Ausschusses für kritische Rohstoffe – ein Gremium, welches die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten zu kritischen Rohstoffen beraten soll. Dort ist zum einen von Programmen zur Kapazitätsentwicklung und zum Technologietransfer die Rede. Zum anderen wird auf die Verbesserung der sozialen Entwicklung durch die Achtung von Menschenrechten und menschenwürdiger Arbeitsbedingungen hingewiesen.

Abgesehen von diesen Absichtserklärungen enthält der CRMA wenig Konkretes bezüglich deren Um-

Abb. 2: Rohstoffpartnerschaften der EU mit Ländern des Globalen Südens

CHILE

Am 31. Juli 2025 kam es in der El-Teniente-Kupfermine des chilenischen Staatskonzerns Codelco nach einem Erdbeben zum Einsturz eines Stollens. Dabei starben sechs Minenarbeiter, neun weitere wurden verletzt. Die Region gilt als erdbebengefährdet. Es ist noch unklar, ob die Bergbauaktivitäten des Konzerns möglicherweise das Beben ausgelöst haben ([BHRC 2025, o.p.](#)).

DR KONGO

Die DR Kongo liefert rund 70 Prozent des weltweit geförderten Kobalts. Der Abbau erfolgt jedoch häufig unter prekären Bedingungen, insbesondere im Kleinbergbau, aus dem rund 20 Prozent des Kobalts stammt. Zwar stellt dieser eine wichtige Einkommensquelle für lokale Anwohner*innen dar, gleichzeitig birgt er erhebliche Risiken durch bspw. mangelnden Arbeitsschutz, prekäre Arbeitsbedingungen und Umweltverschmutzung ([Amnesty International 2023, S. 25, 33-49.](#)).

RUANDA

2023 war Ruanda weltweit größter Coltan-Exporteur – trotz kaum eigener Vorkommen. Laut UN-Bericht stammt das meiste Coltan aus vom M23 kontrollierten Gebieten in der DR Kongo, einer Rebellenmiliz, die von Ruanda unterstützt wird. Dennoch hält die EU an einer Rohstoffpartnerschaft mit Ruanda fest ([Kopp 2024, o.p.](#)).

NAMIBIA

Immer mehr rohstoffreiche Länder wollen sich von der Rolle reiner Lieferanten lösen und mehr Wertschöpfung im eigenen Land erzielen. Ein Beispiel dafür ist Namibia: 2023 verhängte das Land ein Exportverbot für unverarbeitetes Lithium und anderen kritischen Mineralien ([IEA, 2025, o.p.](#)). Ziel ist es, Investitionen in die Weiterverarbeitung im Land selbst anzuregen, Arbeitsplätze zu schaffen und höhere Einnahmen aus der eigenen Wertschöpfung zu erzielen.

ARGENTINIEN

In Nordargentinien befinden sich die hochgelegenen Salzseen wie der Salar del Hombre Muerto. Bei der Lithiumgewinnung durch Verdunstung werden enorme Wassermengen verbraucht, was das sensible Ökosystem zunehmend belastet. Zudem gefährdet der sinkende Grundwasserspiegel die Lebensgrundlagen indigener Gemeinden, deren Mitspracherecht zumeist systematisch übergangen wird ([Gaido et al. 2024, o.p.](#)).

SAMBIA

Am 18. Februar 2025 brach ein Damm, der Abfälle aus der Kupfermine der chinesischen Tochterfirma Sino-Metals Leach Zambia zurückhielt. Durch den Einsturz gelangten rund 50 Millionen Liter säure- und schwermetallhaltiger Abfälle in einen Bach, der in den Kafue-Fluss mündet – einen der wichtigsten Wasserwege Sambias, von dem mehr als die Hälfte der 21 Millionen Einwohner*innen des Landes sowohl ihr Trinkwasser als auch Wasser für die Bewässerung ihrer Felder bezieht ([Kille & Zimba 2025, o.p.](#)).

setzung. **So fehlt es an klaren rechtsverbindlichen menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Standards, die von Rechteinhabenden eingefordert werden können.** Die Achtung internationaler Abkommen zum Schutz der Menschenrechte – wie etwa die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) oder die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte – werden im Rahmen der Partnerschaften nicht verpflichtend integriert. Zudem fehlen konkrete Mechanismen zur Umsetzung oder Überprüfung der versprochenen Vorteile für die Partnerländer weitgehend.

Mangelnde Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen

Zur Beratung der Kommission kann der Ausschuss Expert*innen aus Politik, Gewerkschaften oder Zi-

vilgesellschaft hinzuziehen – verpflichtet ist er dazu allerdings nicht. **Eine systematische Einbindung zivilgesellschaftlicher und betroffener Akteur*innen, insbesondere aus den Partnerländern selbst, ist somit nicht garantiert.** Gerade vor dem Hintergrund, dass Bergbauprojekte in vielen Partnerländern – wie Abb. 2 zeigt – schon heute massive soziale und ökologische Schäden für die lokale Bevölkerung verursachen, ist dies besonders problematisch. Ohne eine verbindliche Einbindung könnten diejenigen, die am meisten von solchen Projekten (negativ) betroffen sind, schlicht übergangen werden.

Die fehlende Verbindlichkeit konkreter sozialer und ökologischer Vorgaben im CRMA zeigt sich bereits in der praktischen Umsetzung der Rohstoffpartnerschaften. 2023 schloss die EU eine Rohstoffpartnerschaft mit Chile, einer der weltweit größten Produzenten von Kupfer und Lithium. Obwohl Chile



Foto: iStockphoto.com/ Daniel Grinspun

Verdunstungsbecken zur Lithiumgewinnung in Chile

etwa 30 Prozent des weltweit geförderten Lithiums ([U.S. Geological Survey 2024, S. 111](#)) und 23 Prozent des Kupfers ([ebd., S. 65](#)) produziert, erfolgt die Weiterverarbeitung dieser Rohstoffe kaum im Land selbst. Nur etwa acht Prozent des Kupfers werden vor Ort raffiniert – der überwiegende Teil wird exportiert und erst im Ausland weiterverarbeitet ([ebd.](#)). Die durch die Weiterverarbeitung generierten Gewinne aus Kapitalbildung und Steuereinnahmen fallen somit überwiegend in anderen Ländern an und nicht in Chile selbst, geschweige denn bei der Bevölkerung in den Abbaugebieten.

Leere Versprechen statt verbindlicher Zusagen

Die Rohstoffpartnerschaft zwischen Chile und der EU zielt zwar offiziell darauf ab, eine höhere lokale

Wertschöpfung zu fördern. In der Praxis bleibt dieser Anspruch jedoch weitgehend unverbindlich: Konkrete Finanzierungsinstrumente oder verbindliche Investitionszusagen zur Förderung lokaler Wertschöpfungskapazitäten sind bislang nicht vorgesehen.

Im Land selbst hingegen verbleiben die mit dem Abbau verbundenen sozialen und ökologischen Folgekosten (s. Abb. 2). Diese Probleme könnten sich verschärfen, wenn der Abbau ausgeweitet wird – insbesondere dann, wenn verbindliche Umwelt- und Sozialstandards fehlen.

Die EU bezieht knapp 79 Prozent ihres Lithiums direkt aus Chile. Der Lithiumabbau in der trockenen Atacama-Wüste ist extrem wasserintensiv. Um dem enormen Wasserbedarf der Lithiumförderung zu begegnen, kommen zunehmend Meerwasserentsalzungsanlagen zum Einsatz. Diese sind jedoch äußerst energieintensiv und verursachen damit neue ökologische Belastungen – insbesondere, wenn der dafür benötigte Strom aus fossilen Quellen stammt.

Gerade dieses Beispiel unterstreicht die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Perspektive auf Rohstoffpartnerschaften. **Rohstoffpartnerschaften dürfen sich nicht auf den bloßen Zugang zu Rohstoffen beschränken. Vielmehr müssen sie einen echten gegenseitigen Nutzen schaffen – sozial, ökologisch und wirtschaftlich.**

Ein zentrales Element sollte der gezielte Aufbau lokaler Wertschöpfung sein: Das bedeutet, dass Partnerländer nicht nur Rohstoffe liefern, sondern auch selbst von der Verarbeitung, Veredelung und Nutzung profitieren. Dazu gehört auch eine konkrete Unterstützung bei der eigenen Energiewende. Dafür braucht es den Austausch von Wissen, Technologien und vor allem verbindliche Finanzierungszusagen. Im Zentrum jeder Partnerschaft müssen die Bedürfnisse und Prioritäten der Partnerländer stehen – nicht nur die der Regierungen, sondern insbesondere die der betroffenen Gemeinden sowie ihrer Vertreter*innen in Zivilgesellschaft und Gewerkschaften.

3.2 Strategische Projekte

Neben Rohstoffpartnerschaften setzt der CRMA auf die Förderung Strategischer Projekte. Dabei handelt es sich um Vorhaben, die von der Europäischen Kommission als besonders relevant für die Versorgungssicherheit der EU mit kritischen Rohstoffen eingestuft werden. Projekte mit diesem Status gelten als „**von öffentlichem Interesse**“ und sollen durch politische Priorisierung, beschleunigte Genehmigungsverfahren sowie einen erleichterten Zugang zu Fördermitteln profitieren ([EU 2024, Art. 10](#)).

Strategische Projekte sollen entlang der gesamten Rohstoffwertschöpfungskette angesiedelt werden. Gefördert werden somit nicht nur Projekte zur Rohstoffge-



Ersatzmaterialien sind Materialien, die dazu dienen, herkömmliche oder knappe Rohstoffe ganz oder teilweise zu ersetzen.

winnung, sondern auch solche in den Bereichen Verarbeitung, Recycling sowie der Entwicklung von Ersatzmaterialien. Projekte sind sowohl innerhalb der EU als auch in Drittstaaten vorgesehen, darunter auch in Ländern des Globalen Südens.

Auch bei Strategischen Projekten betont der CRMA

den Anspruch einer nachhaltigen Umsetzung. Projekte sollen „nachhaltig geplant und durchgeführt werden“ ([EU 2024, Präambel \(17\)](#)). Im Anschluss listet die Verordnung zwar einzelne Nachhaltigkeitsaspekte wie die Achtung von Frauenrechten oder transparente Geschäftspraktiken auf ([ebd.](#)). Doch wie bei den Rohstoffpartnerschaften bleibt es auch hier bei allgemeinen Absichtserklärungen. Es fehlen rechtlich verbindliche Instrumente, die von Betroffenen und Rechteinhabenden nachgehalten und eingefordert werden können.

Unzureichende Berücksichtigung indigener Rechte

Besonders schwer wiegt, dass der CRMA die Rechte indigener Völker nicht ausreichend schützt. Zwar müssen Projektantragstellende einen Plan zur Förderung der öffentlichen Akzeptanz vorlegen. Dieser soll Maßnahmen wie Sensibilisierungskampagnen, Beteiligungsformate sowie Strategien zur Schadensminderung und -kompensation enthalten. Bei Projekten mit möglichen Auswirkungen auf indigene Gruppen soll der Plan zudem Maßnahmen für eine „konstruktive Einbeziehung“ vorsehen ([EU 2024, Art. 7 \(1d\)](#)).

Allerdings bleibt ein fundamentales Prinzip der Rechte indigener Gemeinden unberücksichtigt: das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (Free, Prior and Informed Consent, FPIC). Das FPIC-Prinzip ist unter anderem in der ILO-Konvention 169 verankert und verpflichtet dazu, indigene Gemeinschaften vor Beginn eines Projekts umfassend zu informieren und ihre selbstbestimmte Zustimmung einzuholen. Dazu gehört auch das Recht, ein Projekt abzulehnen. Der CRMA sieht hingegen lediglich Konsultationen vor, die zur „Verhinderung und Minimierung“ negativer Folgen sowie „gegebenenfalls zu einer gerechten Entschädigung“ beitragen sollen ([ebd., Art. 7 \(1j\)](#)).

Damit bleibt indigenen Gemeinschaften faktisch das Recht verwehrt, „Nein“ zu sagen. Die Verordnung räumt ihnen keine echte Entscheidungsmacht ein, sondern reduziert sie auf passive Empfänger*innen von Informationen und möglichen Kompensationen.

Die Missachtung wiegt umso schwerer, da ein erheblicher Teil der für die Energiewende benötigten Rohstoffe in oder in unmittelbarer Nähe indigener Territorien liegt – Schätzungen zufolge etwa 54 Prozent ([Owen et al. 2023, S. 204](#)). Ohne rechtsverbindliche

Beteiligungs- und Zustimmungsrechte droht die Umsetzung Strategischer Projekte in sensiblen Gebieten ohne die Zustimmung der betroffenen Gemeinschaften. Damit wird ein kolonial geprägtes Verständnis reproduziert, bei dem Rohstoffsicherung Vorrang vor den Rechten der betroffenen Bevölkerung hat.

Beschleunigte Genehmigungsverfahren: Risiken für Beteiligung und Umweltschutz

Auch im Bereich des Umweltschutzes fehlt eine klare Priorisierung umweltrechtlicher Aspekte gegenüber der Versorgungssicherheit. Für Strategische Projekte innerhalb der EU gelten **stark verkürzte Genehmigungsfristen**: maximal 24 Monate für Bergbauvorhaben, 12 Monate für Projekte zur Verarbeitung und zum Recycling ([EU 2024, Art. 11 \(1 a, b\)](#)). Im Vergleich zu bisherigen Verfahren, die bis zu zehn Jahre in Anspruch nahmen, stellt dies eine erhebliche Beschleu-



Das Plakat ist Teil einer Kampagne gegen den Lithiumabbau in Salinas Grandes, einer Region im Nordwesten Argentiniens

nigung dar – und einen potenziell drastischen Eingriff in bestehende Umwelt- und Beteiligungsverfahren. **Zivilgesellschaftliche Organisationen warnen, dass Umweltverträglichkeitsprüfungen verkürzt und die Mitsprache lokaler Gemeinschaften eingeschränkt werden könnten** ([Jäger & Reckordt 2024, S. 9](#)).

Hinzu kommt, dass Strategische Projekte als Vorhaben von übergeordnetem öffentlichen Interesse auch in Schutzgebieten oder Regionen von biologischer, kultureller oder spiritueller Bedeutung genehmigt werden können – vorausgesetzt, sie werden entsprechend deklariert und die negativen Auswirkungen werden weitestmöglich begrenzt ([EU 2024, Art. 10 \(2\)](#)). Auch hier wird die Priorisierung der Versorgungssicherheit gegenüber Menschen- und Umweltrechten deutlich.

Intransparente Auswahlverfahren

Die mangelnde Verpflichtung zur Einbindung lokaler Gemeinschaften und indigener Völker zeigt sich be-

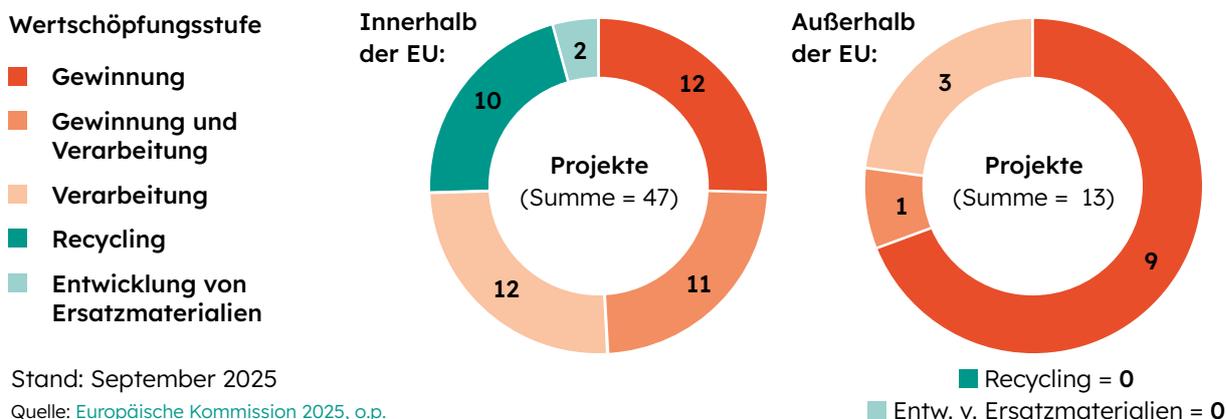
reits im Auswahlverfahren der Strategischen Projekte, welche durch die Europäische Kommission erfolgt und vom Ausschuss für kritische Rohstoffe unterstützt wird. Für Vorhaben außerhalb der EU ist zusätzlich die ausdrückliche Zustimmung des jeweiligen Drittstaates erforderlich. Unternehmen konnten sich im Rahmen eines offenen Verfahrens um die Aufnahme in die Liste Strategischer Projekte bewerben. Die erste Bewerbungsphase endete im Sommer 2024. In der ersten Jahreshälfte 2025 veröffentlichte die EU eine Liste mit insgesamt 60 als strategisch eingestuftem Projekten – davon 47 innerhalb der EU und 13 außerhalb ([Europäische Kommission 2025, o. p.](#)).

Bis heute ist nicht transparent, nach welchen Kriterien die Auswahl erfolgte und in welchem Maße die Projekte die im CRMA formulierten Nachhaltigkeitsanforderungen tatsächlich erfüllen. Besonders problematisch ist, dass der gesamte Auswahlprozess ohne Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen, betroffener Gemeinschaften, indigener Gruppen



Foto: iStockphoto.com/Luis Andre Sampaio

Abb. 3: Verteilung der strategischen Rohstoffprojekte der ersten Auswahlrunde innerhalb und außerhalb der EU nach Wertschöpfungsstufen



oder Gewerkschaften durchgeführt wurde. Es fehlt somit an demokratischer Kontrolle und gesellschaftlicher Legitimation – ein gravierendes Defizit für ein politisches Vorhaben, das potenziell tiefgreifende ökologische und soziale Auswirkungen hat.

Extraktivismus statt Rohstoffwende

Ein Blick auf die Verteilung der Projekte verdeutlicht zudem eine deutliche Schiefelage. Innerhalb der EU entfallen fast die Hälfte der Vorhaben auf den Bergbau oder kombinierte Abbau- und Verarbeitungsprojekte (s. Abb. 3). Dem stehen lediglich zehn Projekte im Bereich Recycling und nur zwei zur Substitution kritischer Rohstoffe gegenüber. Außerhalb Europas ist diese einseitige Ausrichtung noch deutlicher: Neun der dreizehn Projekte konzentrieren sich ausschließlich auf die Rohstoffgewinnung, während kein einziges dem Recycling gewidmet ist.

Diese starke Fokussierung auf den Ausbau des Primärabbaus widerspricht dem Ziel einer ökologisch tragfähigen und global gerechten Rohstoffpolitik. Statt den übermäßigen Rohstoffverbrauch der EU zu reduzieren und eine Transformation in Richtung Kreislaufwirtschaft zu fördern, zementiert der CRMA eine extraktivistische Logik – sowohl innerhalb der EU als auch in Drittstaaten.

Besonders kritisch ist zudem, dass sich ein Großteil der Strategischen Projekte auf die Förderung von Batterierohstoffen wie Lithium, Nickel und Kobalt konzentriert – also auf Rohstoffe, die insbesondere für die rohstoffintensive europäische Automobilindustrie von zentraler Bedeutung sind. Dies unterstreicht, dass der CRMA Nachhaltigkeit zwar rhetorisch betont, in der Umsetzung jedoch vor allem die Interessen europäischer Industriebranchen priorisiert.

4. Fazit: Rohstoffstrategie mit einseitigem Fokus

Diese Analyse der Rohstoffpartnerschaften und Strategischen Projekte im Rahmen des CRMA zeigt deutlich: Im Zentrum steht vor allem die Sicherung der europäischen Versorgung – nicht die Förderung einer global gerechten und ökologischen Rohstoffpolitik.

Zwar betont die EU nach außen Nachhaltigkeit und Partnerschaft, in der Praxis jedoch bleibt der tatsächliche Mehrwert für die Partnerländer weitgehend unklar. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Strategischen Projekten: Trotz der offensichtlichen Notwendigkeit, den insgesamt viel zu hohen europäischen Rohstoffverbrauch zu reduzieren, liegt der Schwerpunkt weiterhin auf der Gewinnung von Primärrohstoffen. Recycling, Kreislaufwirtschaft und Substitution – eigentlich zentrale Bausteine einer nachhaltigen Rohstoffstrategie – spielen nur eine Nebenrolle.

Es mangelt insgesamt an verbindlichen menschenrechtlichen und ökologischen Standards, an echter Beteiligung der betroffenen Bevölkerungen in den Partnerländern sowie an Transparenz in der Auswahl und Ausgestaltung der Rohstoffpartnerschaften und Strategischen Projekte. Damit versäumt es die EU, ihre Rohstoffstrategie an den Prinzipien einer nachhaltigen und global gerechten Rohstoffpolitik auszurichten. Die Folge: Die europäische „grüne“ und digitale Transformation droht weiterhin auf Kosten von Umwelt und Menschenrechten in den Abbauregionen vorangetrieben zu werden.

5. Forderungen

Für eine wirklich global gerechte *Twin Transition* braucht es stattdessen:

Verbindliche menschenrechtliche und ökologische Standards

Die EU muss sicherstellen, dass in rohstoffreichen Ländern wirtschaftlichen Zielen nicht Vorrang vor Umwelt- und Menschenrechten eingeräumt wird. Menschenrechtliche und ökologische Standards müssen verpflichtende Grundlage jeder Rohstoffpartnerschaft und jedes Strategischen Projekts sein. Beide Instrumente müssen das FPIC-Prinzip verbindlich verankern. Zentral ist außerdem die Einrichtung unabhängiger Monitoring-Mechanismen sowie transparenter, zugänglicher und rechtsverbindlicher Beschwerdestrukturen. Betroffene vor Ort – insbesondere indigene Gemeinschaften, Arbeiter*innen oder Aktivist*innen – müssen die Möglichkeit haben, Missstände zu melden und rechtlich wirksam dagegen vorzugehen.

Bestehende gesetzliche Regelungen wie das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und die EU-Lieferkettenrichtlinie, die *Corporate Sustainability Due Diligence Directive* sind wichtige Instrumente zur Durchsetzung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten. Regulierungen wie diese müssen daher nicht nur erhalten, sondern konsequent angewendet und weiter verschärft werden.

Partnerschaften zum tatsächlichen beiderseitigen Nutzen

Um dem eigenen Anspruch an Rohstoffpartnerschaften „zum beiderseitigen Nutzen“ gerecht zu werden, muss die EU die Perspektiven und konkreten Bedarfe der jeweiligen Partnerländer konsequent in den Mittelpunkt jedes Abkommens stellen. Viele rohstoffreiche Länder des Globalen Südens streben längst danach, sich von der Rolle bloßer Rohstofflieferanten zu lösen und stattdessen größere Teile der Wertschöpfung im eigenen Land zu verankern. Rohstoffpartnerschaften dürfen daher nicht auf die reine Sicherung von Rohstoffen für die EU reduziert werden. Insbesondere im Hinblick auf Rohstoffpartnerschaften mit Ländern des Globalen Südens sind Investitionen in Infrastruktur, Know-how und die Ausbildung lokaler Fachkräfte notwendig, um lokale Wertschöpfung auszubauen. Darüber hinaus sollte auch die Umsetzung einer sozial gerechten Energiewende in den Partnerländern im Rahmen der Partnerschaften unterstützt werden. Dabei ist es entscheidend, die spezifischen Bedürfnisse und Prioritäten des Partnerlandes in den Mittelpunkt der Abkommen zu stellen – unter wirkungsvoller Beteiligung der betroffenen Gemeinden, zivilgesell-

schaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und Wissenschaft. Auch wenn dies nicht unmittelbar zur Stärkung der europäischen Industrie beiträgt, stellt es einen wesentlichen Schritt hin zu einer tatsächlichen „Partnerschaft zum beiderseitigen Nutzen“ dar.

Transparente Auswahlprozesse und verbindliche Einbindung Betroffener und ihrer Vertreter*innen

Die Auswahl Strategischer Projekte sowie die Ausgestaltung von Rohstoffpartnerschaften erfolgen bislang weitgehend intransparent. Es mangelt an klar definierten Kriterien, nachvollziehbaren Entscheidungsprozessen und öffentlich zugänglicher Dokumentation. Diese Intransparenz untergräbt nicht nur demokratische Legitimität, sondern birgt auch das Risiko erheblicher sozialer und ökologischer Folgekosten. Um dem entgegenzuwirken, braucht es transparente, überprüfbare Verfahren sowie eine frühzeitige und umfassende Einbindung aller relevanten Akteur*innen. Besonders die betroffene Bevölkerung vor Ort – einschließlich indigener Gemeinschaften – sowie zivilgesellschaftliche, wissenschaftliche und gewerkschaftliche Vertreter*innen müssen aktiv und gleichberechtigt in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Ein partizipativer Ansatz verbessert nicht nur die Akzeptanz der Projekte, sondern ist im Sinne einer gerechten grünen und digitalen Transformation auch entscheidend für den Schutz von Mensch und Umwelt.

Absolute Reduktion des Rohstoffverbrauchs

Die EU-Kommission versäumt es, den weltweit ungeordneten und ökologisch zerstörerischen Rohstoffverbrauch der EU wirksam zu adressieren. Zwar erkennt der CRMA Recycling und Substitution als wichtige Maßnahmen an – doch konkrete Ziele zur Reduktion des absoluten Rohstoffverbrauchs fehlen. Der weiterhin starke Fokus auf den Abbau von Primärrohstoffen konterkariert eine ressourcenschonende Transformation und setzt ein falsches Signal: Mehr Rohstoffe statt weniger Verbrauch. Eine global gerechte Rohstoffpolitik muss über Effizienz und Recycling hinausdenken. Sie erfordert eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den rohstoffintensiven Produktions- und Konsumweisen im Globalen Norden. Anstelle der Förderung immer neuer Projekte und Partnerschaften mit überwiegend „grünem Anstrich“ ist ein grundlegendes Umdenken erforderlich – hin zu einer Politik der Suffizienz, die auf eine deutliche Reduktion des Ressourcenverbrauchs insgesamt abzielt. Die grüne und digitale Transformation darf nicht auf Kosten der Bevölkerung des Globalen Südens umgesetzt werden. Nur wenn soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und globale Solidarität zusammengedacht werden, kann die *Twin Transition* wirklich nachhaltig sein.

Was kann ich tun?

- **Informieren und Bewusstsein schaffen:** Teile dein Wissen über die Auswirkungen des Rohstoffabbaus und die Schwachstellen der EU-Rohstoffpolitik in deinem Umfeld. Je mehr Menschen Bescheid wissen, desto größer wird der Druck auf politische Entscheidungsträger*innen.
- **Politisches Engagement zeigen:** Fordere von Politiker*innen klare Maßnahmen zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs und dem Schutz von Menschen- und Umweltrechten entlang von Rohstofflieferketten. Unterschreibe Petitionen, beteilige dich an Kampagnen, kontaktiere deine Abgeordneten oder engagiere dich aktiv in sozialen Bewegungen.
- **Zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen:** Engagiere dich bei NROs, die sich für eine ökologische und sozial gerechte Rohstoffpolitik einsetzen, sei es durch Mitarbeit, Spenden oder das Verbreiten ihrer Botschaften.

Was macht WEED?

WEED setzt sich für eine ökologisch nachhaltige, global gerechte und demokratische Weltwirtschaftsordnung ein. Politisch fokussieren wir uns auf die besondere Verantwortung Deutschlands, des Globalen Nordens und international agierender Wirtschaftsakteure für die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und globale Umweltzerstörung. Wir recherchieren und analysieren die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf Mensch und Umwelt. Wir leisten Aufklärungs- und Lobbyarbeit im gesellschaftlichen und politischen Raum. Wir führen Aktionen und Kampagnen durch und tragen Analysen und Forderungen für eine sozial-ökologische Transformation in die Öffentlichkeit. Im Austausch mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen aus dem Globalen Süden und Norden entwickeln wir Reform- und Transformationsvorschläge, die wir in politische Prozesse und Debatten einbringen, um so Veränderungen voranzutreiben. Außerdem konzipieren wir Bildungsangebote, um Menschen für ihre politischen Handlungsmöglichkeiten zu sensibilisieren.

ANMERKUNGEN

Hinweis: Alle online-Quellen wurden zuletzt am 02.10.2025 abgerufen.

Amnesty International. (2023). Powering change or business as usual? Forced evictions at industrial cobalt and copper mines in the Democratic Republic of the Congo. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/09/drc-cobalt-and-copper-mining-for-batteries-leading-to-human-rights-abuses>

Avan, C., Niño, N. D., & Gualinga, E. R. S. (2024). Transition minerals tracker: 2024 global analysis. Business & Human Rights Resource Centre. <https://www.business-humanrights.org/en/from-us/briefings/transition-minerals-tracker-2024-global-analysis/>

Business & Human Rights Resource Centre, BHRRC. (2025). Chile: The collapse at a Codelco mine that killed six workers was reportedly caused by mining activity. Business & Human Rights Resource Centre. <https://www.business-humanrights.org/de/neuste-meldungen/chile-the-collapse-at-a-codelco-mine-that-killed-six-workers-was-reportedly-caused-by-mining-activity/>

Europäische Kommission. (2023). Europäische Verordnung zu kritischen Rohstoffen [Factsheet]. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/attachment/874771/Factsheet_GD_European

Europäische Kommission. (2023). Study on the critical raw materials for the EU 2023. Publications Office of the European Union. <https://data.europa.eu/doi/10.2873/725585>

Europäische Union. (2024). Verordnung (EU) 2024/1252 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen (Critical Raw Materials Act). Amtsblatt der Europäischen Union, L 238, 1-31. <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1252/oj>

Europäische Kommission. (2025). Selected strategic projects under CRMA. https://single-market-economy.ec.europa.eu/sectors/raw-materials/areas-specific-interest/critical-raw-materials/strategic-projects-under-crma/selected-projects_en

Gaido, M. P., Carrizo, J., & Litvinoff, E. (2024). In Argentina, lithium mining leaves a river running dry. Dialogue Earth. <https://dialogue.earth/en/nature/in-argentina-lithium-mining-leaves-a-river-running-dry/>

Global Witness. (2024). More than 2,100 land and environmental defenders killed globally between 2012 and 2023. <https://globalwitness.org/en/press-releases/more-than-2100-land-and-environmental-defenders-killed-globally-between-2012-and-2023/>

Hasanbeigi, A. (2022). Global steel industry's GHG emissions. Global Efficiency Intelligence. Global Efficiency Intelligence. <https://www.globalefficiencyintel.com/new-blog/2021/global-steel-industrys-ghg-emissions>

IEA - International Energy Agency. (2025). Export ban on raw materials. <https://www.iea.org/policies/28970-export-ban-on-raw-materials>

Jäger, A., & Reckordt, M. (2024). Zivilgesellschaftliche Anforderungen an strategische Projekte im Critical Raw Materials Regulation (CRMA). PowerShift e.V. <https://power-shift.de/hintergrundpapier-strategische-projekte-crma/>

Kille, R., & Zimba, J. (2025). Mining pollution in China and Zambia poses environmental challenges. AP News. <https://apnews.com/article/mining-pollution-china-zambia-environment-93ee91d1156471aaf9a7ebd6f51333c1>

Kopp, A. (2024). EU minerals pact with Rwanda: A green light for DR Congo plunder? EUobserver. <https://euobserver.com/africa/ar24df2f21>

Levinson, R., Lewis, D., & Rolley, S. (2025). Major Rwandan coltan exporter bought smuggled Congolese minerals, UN report says. Reuters. <https://www.reuters.com/world/africa/major-rwandan-coltan-exporter-bought-smuggled-congolese-minerals-un-report-says-2025-07-03/>

Owen, J.R., Kemp, D., Lechner, A.M. et al. Energy transition minerals and their intersection with land-connected peoples. (2023). Nature Sustainability. <https://doi.org/10.1038/s41893-022-00994-6>

Rüttinger, L., Scholl, C., van Ackern, P., Corder, G., Golev, A., & Baumgartl, T. (2020). KlimRes - Impacts of climate change on mining, related environmental risks and raw material supply. Case studies on copper and lithium mining in Chile. Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_106-2020_klimress_case_study_chile.pdf

Umweltbundesamt. (2025). Emissionen aus Betrieben der Metallindustrie. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/industrie/emissionen-aus-betrieben-der-metallindustrie>

U.S. Geological Survey. (2024). Mineral commodity summaries 2024 (USGS Numbered Series 2024). <https://doi.org/10.3133/mcs2024>

WEED - World Economy, Ecology & Development. (2023). Das Dilemma der E-Mobilität: Risiken und Missstände im Rohstoffabbau für Lithium-Ionen-Batterien. <https://weed-online.org/en/publications/publication-details/das-dilemma-der-e-mobilitaet>

WEED - World Economy, Ecology & Development. (2025). Chips Made in Europe: Eine kritische Analyse der europäischen Halbleiterstrategie. <https://weed-online.org/de/publikationen-detailansicht/factsheet-eine-kritische-analyse-der-europaeischen-halbleiterstrategie-2>

ZUSAMMENFASSUNG

Die sogenannte *Twin Transition* – die gleichzeitige Förderung von Klimaschutz und Digitalisierung – gilt als zentrales Zukunftsprojekt der EU. Mit dem *Critical Raw Materials Act (CRMA)* soll eine sichere und nachhaltige Versorgung mit kritischen Rohstoffen gewährleistet werden, die für erneuerbare Energien, Elektromobilität und digitale Technologien unerlässlich sind. Diese Analyse zeigt jedoch, dass die europäische Rohstoffpolitik primär auf Versorgungssicherheit für die EU abzielt, während ökologische Nachhaltigkeit, Menschenrechtsschutz und globale Gerechtigkeit in den Hintergrund treten. Insbesondere Länder des Globalen Südens, in denen viele dieser Rohstoffe gewonnen werden, tragen weiterhin die sozialen und ökologischen Lasten des global ungerechten europäischen Rohstoffverbrauchs. Statt Kreislaufwirtschaft, Recycling und Substitution stehen neue Primärrohstoffquellen im Fokus des CRMA. Damit droht die europäische *Twin Transition* auf Kosten von Umwelt und Menschenrechten vorangetrieben zu werden.

Tragen Sie sich in unseren Newsletter ein, um immer über unsere Aktivitäten auf dem Laufenden zu bleiben:
<https://weed-online.org/de/module/newsletter>



Für die Arbeit von WEED sind Spenden und Mitgliedsbeiträge sehr wichtig. Wir danken für jede Unterstützung.

Mitglied werden können Sie hier:
<https://weed-online.org/de/mitmachen/mitglied-werden>

Spenden können Sie hier:
<https://weed-online.org/de/mitmachen/spenden>
oder per Überweisung an:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE07 3702 0500 0003 2206 00
BIC: BFSWDE33BER

LESETIPP

Factsheet:
Eine kritische Analyse der europäischen Halbleiterstrategie



In diesem Factsheet untersuchen wir die Ziele und Maßnahmen des European Chips Act (ECA) und bewerten kritisch, inwiefern er zur Versorgungssicherheit sowie zum „grünen“ Wandel der EU beiträgt.

<https://t1p.de/ahx9m>

IMPRESSUM



Herausgeber:
WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.
Am Sudhaus 2, 12053 Berlin
kontakt@weed-online.org | www.weed-online.org

Autor*innen: Julia Albrecht, Marith Beisker

Layout & Grafiken: Marco Fischer – grafischer.com

Titelbild: KI-generiertes Bild, erstellt mit Canva, 04.09.2025

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH, Oktober 2025

Diese Publikation wurde auf 100 % Recycling-Papier gedruckt, ausgezeichnet mit dem Umweltsiegel Blauer Engel.

Gefördert durch

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Mit freundlicher Unterstützung der Landesstelle für
Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) des Landes Berlin



Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit

WEED e.V. erhält eine
Strukturförderung durch:

**Brot
für die Welt**

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Förderer wieder.